# Stadt Dübendorf

**Gemeinderat**

Sitzung vom **07. September 2026**

## 3. Sitzung des Gemeinderates

| | |
|---|---|
| Datum, Zeit | Montag, 7. September 2026, 19:00 Uhr bis 21:02 Uhr |
| Ort | Obere Mühle, Oberdorfstrasse 15, 8600 Dübendorf |
| Vorsitz | Julian Croci (SP/GP), Gemeinderatspräsident |
| Anwesend | 38 Gemeinderatsmitglieder |
| Entschuldigt abwesend | Tanja Boesch (Die Mitte/EVP)<br>Sarah Steiner (SVP)<br>Nicole Zweifel (GLP) bis 19:16 Uhr (Traktandum 1)<br>Angelika Murer Mikolasek (GLP) bis 19:20 Uhr (Traktandum 5)<br><br>Sicherheitsvorstand Hanspeter Schmid (Die Mitte) |
| Protokoll | Friederike Häfeli, Gemeinderatssekretärin |
| Stimmenzählende | Stefan Angliker (FDP)<br>Julia Stockmann (Die Mitte/EVP)<br>Angelika Murer Mikolasek (GLP) |

**Traktanden**

1. Mitteilungen

2. Protokollgenehmigung der 35. Sitzung vom 30. März 2026

3. Protokollgenehmigung der 36. Sitzung vom 31. März 2026

4. Protokollgenehmigung der 37. Sitzung vom 4. Mai 2026

5. Postulat Thomas Maier (GLP) und 18 Mitunterzeichnende “Auslegeordnung zu einer möglichen Einheitsgemeinde mit der Sekundarschule" / Beantwortung
   GR Geschäft Nr. 03/2025

6. Postulat Rafa Tajouri (FDP) und 10 Mitunterzeichnende zur Förderung der digitalen Souveränität durch den Einsatz schweizerischer und Open-Source-Softwarelösungen / Beantwortung
   GR Geschäft Nr. 52/2025

7. Ersatzwahl eines KRL-Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2026-2030
   Rücktritt André Csillaghy (SP/GP)
   GR Geschäft Nr. 29/2026

8. 1. Fragestunde im Amtsjahr 2026/2027

## 1. Mitteilungen

Gemeinderatspräsident Julian Croci (SP/GP) begrüsst zur 3. Sitzung des Gemeinderates in der Legislaturperiode 2026-2030.

Die Einladung zur heutigen Sitzung mit der Traktandenliste ist gemäss Artikel 46 von der Geschäftsordnung vom Gemeinderat rechtzeitig verschickt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht worden. Die Akten zu den Geschäften sind zur Einsicht bereitgestanden.

Für die heutige Sitzung haben sich Tanja Boesch (Die Mitte/EVP) und Sarah Steiner (SVP). Nicole Zweifel (GLP) wird ca. 20 Minuten, Angelika Murer Mikolasek (GLP) ca. 30 Min. später eintreffen. Somit sind aktuell 36 Gemeinderatsmitglieder anwesend.

Da Stimmenzählerin Angelika Murer Mikolasek (GLP) heute erst später anwesend sein kann, hat sich verdankenswerterweise Christian Meyer (GLP) bereit erklärt, als Stimmenzähler einzuspringen. Sobald Angelika Murer Mikolasek eintrifft, übernimmt sie die Funktion als Stimmenzählerin.

Vom Stadtrat hat sich Sicherheitsvorstand Hanspeter Schmid (Die Mitte) entschuldigt.

Zu Beginn möchte der Ratspräsident dem ehemaligen Gemeinderatsmitglied Guido Schwegler gedenken. Guido Schwegler ist am 10. August 2026 verstorben. Er war 68 Jahre alt. Guido Schwegler war Mitglied der Auto-Partei/Die Freiheitlichen und seit seiner Wahl im Frühjahr 1998 bis 2014 Mitglied im Dübendorfer Gemeinderat. Nach einer kurzen Unterbrechung kam er im Jahr 2018 als Gemeinderat für die SVP zurück und blieb dem Gremium bis ins Jahr 2022 treu.
Guido Schwegler wirkte zudem viele Jahre als Mitglied in der Interfraktionellen Konferenz und in der Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte mit.
Im Frühjahr 2022 beendete Guido Schwegler dann endgültig seine Arbeit im Gemeinderat und er teilte seinen Rücktritt mit.

Der Trauerfamilie, insbesondere seiner Tochter Tanja Fehr spricht Gemeinderatspräsident Julian Croci (SP/GP) sein herzliches Beileid des Gemeinderates und des Stadtrates aus und wünscht in dieser Zeit des Abschiednehmens viel Kraft und Zuversicht.

Gemeinderatspräsident Julian Croci (SP/GP) bittet die Anwesenden darum, sich für eine Schweigeminute zu erheben und dem ehemaligen Ratskollegen zu gedenken.

***Alle Anwesenden erheben sich für eine Schweigeminute.***

Anschliessen informiert Gemeinderatspräsident Julian Croci (SP/GP), dass heute bereits die letzte Gemeinderatssitzung von André Csillaghy (SP/GP) ist. André hat seinen Rücktritt aus dem Gemeinderat aus beruflichen Gründen per 15. September 2026 erklärt.
André ist im Jahr 2016 in den Gemeinderat für Gabriela Dunst nachgerückt und in der Folge bei den Erneuerungswahlen 2018, 2022 und 2026 wiedergewählt worden und war somit knapp elf Jahre Teil dieses Gremiums.
André war ausserdem Mitglied in der Bürgerrechtskommission ab 2018 bis zum Ende der Kommission im Dezember 2021 und ab Mai 2025 Mitglied in der Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte. Ausserdem war er viele Jahre Fraktionssprecher der SP.

Gemeinderatspräsident Julian Croci (SP/GP) dankt André Csillaghy für seinen grossen Einsatz für den Gemeinderat Dübendorf und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute!

Der Ratspräsident informiert über die vom Stadtrat neu überwiesenen Geschäfte und beantworteten Vorstösse.

Der Stadtrat hat seit der letzten Sitzung dem Gemeinderat folgende Geschäfte überwiesen:

- Ablösung Papiersammlung durch Vereine; Definitive Prozessanpassung per 1. Januar 2027
- Einführung Tempo 30 Gockhausen
- Schulzahnklinik am Standort Neugutstrasse 54; Baukredit
- IMWIL Alters- und Spitexzentrum: Erneuerung Wärmeerzeugung für die Häuser E, B und C sowie Sanierung der Regulierung und der Unterstationen; Kreditabrechnung

Die Ablösung der Papiersammlung sowie die Kreditabrechnung vom IMWIL für die Erneuerung der Wärmeerzeugung werden von der GRPK, die Einführung Tempo 30 von der KRL und die Schulzahnklinik von der KSG vorberaten.

Seit der letzten Gemeinderatssitzung wurden keine politischen Vorstösse eingereicht.

Die Antworten vom Stadtrat sind auf folgende politische Vorstösse beim Ratsbüro eingegangen:

- Schriftliche Anfrage von Orlando Wyss (SVP) zu Änderungen der Klimamassnahmen in Dübendorf
- Postulat Rafa Tajouri (FDP) und 10 Mitunterzeichnende zur Förderung der digitalen Souveränität durch den Einsatz schweizerischer und Open-Source-Softwarelösungen
- Schriftliche Anfrage von Lukas Schanz (SVP) zur WFD Werkflugplatz Dübendorf AG
- Schriftliche Anfrage von Tanja Boesch (Die Mitte/EVP) betreffend Japankäfer und Tapinoma-Ameisen
- Schriftliche Anfrage von Tanja Boesch (Die Mitte/EVP) betreffend kurzfristige Massnahmen zur Abkühlung

Die schriftlichen Anfragen sind mit der Beantwortung durch den Stadtrat erledigt. Das Postulat ist für die heutige Sitzung traktandiert.

**Fraktionserklärungen**

Für die heutige Sitzung sind zwei Fraktionserklärungen angemeldet worden.

Lukas Schanz (SVP)
«Wir alle konnten es in der Zeitung lesen: Die Badi Dübendorf bleibt wegen des Neubaus des Hallenbads für ein weiteres Jahr geschlossen. Die Bevölkerung von Dübendorf muss sich weiterhin mit den Freibädern in der näheren Umgebung zufriedengeben.
Die SVP war die treibende Kraft für eine Bekämpfung des Geschäfts an der Urne. Zusammen mit der EDU und Aufrecht haben wir uns dagegen gewehrt. Wir haben kritisiert, dass ein schlechtes Projekt vorliegt, viel Luft verbaut wird, wir ein Hallenbad erhalten, das niemanden glücklich machen wird, und dass die Kosten wohl ins Unermessliche steigen werden. Jetzt sehen wir bereits die ersten Anzeichen dafür, dass wir wohl ein weiteres Mal recht haben werden.
Die SVP-Fraktion ist überzeugt, dass nach der Fertigstellung dieses Hallenbads viele Stimmbürger, die an der Urne Ja gestimmt haben, auf die Welt kommen werden und überrascht sein werden, dass es nicht so toll ist, neben Schulklassen und Sportvereinen seine Bahnen schwimmen zu gehen. Weiter werden sie bemerken, dass unsere Badi nicht mehr dieselbe ist wie zuvor und dass viele Grünflächen, Bäume und auch Parkplätze verschwunden sind. Zudem wurde gegenüber den Stimmbürgern das Versprechen nicht eingehalten, dass das Schwimmbad nur einen Sommer zubleiben wird. Mit dem heutigen Wissen hätte es wohl ein Nein zu diesem Geschäft an der Urne gegeben, so wie es auch der Glattaler im redaktionellen Teil in die Runde geworfen hat.
Ich bin überzeugt, dass der Stadtrat uns schon bald darüber informieren wird, dass die Baukosten, die den Stimmbürgern versprochen wurden – CHF 45,8 Mio. gemäss Abstimmungsbroschüre –, nicht eingehalten werden können. Es würde mich überraschen, wenn ein Jahr längere Bauzeit nicht zu höheren Kosten führen würde. Ich möchte den Stadtrat jedoch darauf hinweisen, dass die SVP-Fraktion davon ausgeht, dass der Stadtrat Mehrkosten genauestens prüfen und das Geld nur so ausgeben wird, als wäre es sein eigenes. Wenn falsch offeriert wurde, muss man die Handwerker darauf hinweisen, dass ein Werk geschuldet ist; wenn falsch geplant wurde, muss man gegebenenfalls prüfen, ob ein Haftungsfall vorliegt. Das sind dann nicht einfach gebundene Ausgaben. Da muss der Stadtrat mit aller Härte durchgreifen. Wir von der SVP werden Mehrkosten im Detail prüfen und erwarten, dass der Stadtrat eine saubere Bauabrechnung erstellt bzw. erstellen lässt, in der die Mehrkosten im Detail analysiert und offengelegt werden.
Wer jetzt nicht schon wieder einen riesigen Murks will, muss den Projektierungskredit für das Schulhaus Stägenbuck ablehnen. Ich bin überzeugt: Wenn wir dazu Ja sagen, dann sind die aufgeführten

Kosten von CHF 110 Mio. erst der Anfang, von dem, was uns versprochen wird. Die Kosten werden noch viel höher sein. Das müssen wir von Anfang an unterbinden.»

Roland Wüest (SP)
«Im Parlament scheint ein Konsens zu herrschen: Häusliche Gewalt ist ein grosses Problem, sie ist zu verurteilen und zu bekämpfen. Aber, vielleicht berechtigt, ist die Frage da, ob Dübendorf als Stadt hier wirklich konkret etwas tun kann, um häusliche Gewalt besser zu verhindern und Betroffene früher zu erreichen.
Vor wenigen Monaten hat die SP/Grüne-Fraktion das Postulat «Strategie im Umgang mit häuslicher und sexualisierter Gewalt in Dübendorf» eingereicht. Wir forderten, dass Dübendorf konkret prüft, was die Stadt tun kann: bei der Prävention, der Früherkennung und Sensibilisierung, sowie beim niederschwelligen Zugang zu bestehenden Unterstützungsangeboten.
Das Postulat wurde im Juni mit 18 zu 13 Stimmen abgelehnt. In der Diskussion wurde insbesondere darauf hingewiesen, dass Dübendorf bereits über verschiedene Angebote und Kooperationen verfügt und diese gut funktionieren. Zudem wurde davor gewarnt, dass solch eine Strategie am Ende nur ein weiteres Papier für die Schublade sein könnte. Diesen Einwand teilen wir ausdrücklich: Eine Strategie soll kein Selbstzweck sein. Sie soll bestehende Angebote sichtbar machen, Lücken erkennen, Zuständigkeiten klären und konkrete Massnahmen festlegen. Genau deshalb wollten wir mit unserem Postulat zunächst eine Grundlage schaffen, auf der die Stadt klären kann, wo sie heute steht und wo Handlungsbedarf besteht. Und wir wollen es nicht bei einem Papier belassen: Wir fordern, dass künftig jährlich über häusliche Gewalt in Dübendorf berichtet wird (etwa durch die Sozialkommission), über Fälle im Kontakt mit städtischen Stellen und über allfälligen Handlungsbedarf für die Stadt. Damit wird sichtbar, was funktioniert, wo Lücken bestehen und wo die Stadt konkret handeln kann. Ein solcher Bericht verschwindet nicht in der Schublade, sondern schafft Verbindlichkeit und ermöglicht es uns, die Entwicklung regelmässig zu überprüfen. Und das liegt in der direkten Kompetenz der Stadt.
Die vergangenen Wochen haben uns erneut auf erschütternde Weise vor Augen geführt, wie real und wie gefährlich häusliche Gewalt ist. Meldungen über schwere Gewalttaten und Femizide machen betroffen. Sie zeigen aber auch, weshalb wir bei diesem Thema nicht erst handeln sollten, wenn etwas passiert ist. Häusliche Gewalt findet vielfach im Verborgenen statt – auch hier bei uns in Dübendorf.
Wir sind uns bewusst: Keine kommunale Strategie kann garantieren, dass nie ein Femizid passiert. Und selbstverständlich liegt die Verantwortung für Strafverfolgung und viele Schutzmassnahmen nicht bei der Stadt. Daraus folgt aber nicht, dass die Gemeinde keine Möglichkeiten hat. Dübendorf kann dazu beitragen, dass Betroffene wissen, wo sie Hilfe erhalten. Dass Betroffene wissen, dass Dübendorf sie ernst nimmt und Gewalt verurteilt. Und sie sich so eher zutrauen, Hilfe in Anspruch zu nehmen. Dübendorf kann dafür sorgen, dass Fachstellen bekannt und erreichbar sind. Dass Mitarbeitende in Bereichen, die mit Betroffenen in Kontakt kommen, Warnsignale erkennen und richtig reagieren können. Und dass bestehende Angebote gut zusammenspielen.
Auch andere Gemeinden zeigen, dass hier auf kommunaler Ebene mehr möglich ist, auch bisher in Dübendorf. Zum Beispiel mit der Kampagne «Gleichstellung verhindert Gewalt» gibt es konkrete Angebote, an die auch Dübendorf anknüpfen könnte. Die SP/Grüne-Fraktion ist überzeugt: Wir dürfen nicht warten, bis auch in Dübendorf eine schwere Gewalttat passiert. Prävention bedeutet, zu handeln, bevor etwas passiert.
Wir fordern den Gemeinderat und insbesondere jene Fraktionen, die bisher bei konkreten Massnahmen zurückhaltend waren, dazu auf, sich dieser Frage ernsthaft anzunehmen. Wenn unsere Vorschläge Euch nicht überzeugen, erwarten wir von den anderen Parteien wie GLP, FDP, SVP und allen anderen Fraktionen, die bei diesem Thema Verantwortung übernehmen wollen, eigene konkrete und mehrheitsfähige Vorschläge.
Es geht dabei nicht um Parteipolitik. Es geht um eine gesellschaftliche Verantwortung, die uns alle betrifft hier drinnen und alle Bürgerinnen und Bürger in Dübendorf. Und es geht darum, dass wir als

Gemeinderat nicht erst dann reagieren, wenn die nächste Schlagzeile über eine Gewalttat in unserer Region erscheint.
Wir sind wirklich bereit, gemeinsam mit allen politischen Kräften Lösungen zu erarbeiten. Denn bei häuslicher Gewalt darf Wegschauen keine Option sein. Wir wollen, dass Dübendorf eine Stadt ist, in der Betroffene wissen, wo sie Hilfe erhalten, in der Warnsignale ernst genommen werden und in der Gewalt nicht als Privatsache abgetan oder politisch instrumentalisiert wird.
Darum müssen wir jetzt handeln, bevor es zu spät ist.»

**Persönliche Erklärungen**
Es sind keine persönlichen Erklärungen angekündigt worden.

***
Ratspräsident Julian Croci (SP/GP) teilt mit, dass Nicole Zweifel (GLP) im Sitzungssaal eingetroffen ist. Es sind somit 37 Gemeinderatsmitglieder anwesend.
***

## 2. Protokollgenehmigung der 35. Sitzung vom 30. März 2026

Zum Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 30. März 2026 sind keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es gilt somit in Anwendung von Art. 54 der Geschäftsordnung als genehmigt.

## 3. Protokollgenehmigung der 36. Sitzung vom 31. März 2026

Zum Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 31. März 2026 sind keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es gilt somit in Anwendung von Art. 54 der Geschäftsordnung als genehmigt.

## 4. Protokollgenehmigung der 37. Sitzung vom 4. Mai 2026

Zum Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 4. Mai 2026 sind keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es gilt somit in Anwendung von Art. 54 der Geschäftsordnung als genehmigt.

## 5. Postulat Thomas Maier (GLP) und 18 Mitunterzeichnende «Auslegeordnung zu einer möglichen Einheitsgemeinde mit der Sekundarschule» / Beantwortung GR Geschäft Nr. 03/2025

Ratspräsident Julian Croci (SP/GP) bittet den Erstunterzeichner des Postulats, Thomas Maier (GLP), um seine Stellungnahme.

Thomas Maier (GLP), Erstunterzeichner
«Gerne nehme ich für die Postulanten kurz Stellung zur Antwort des Stadtrates auf unser Postulat zur Auslegeordnung zu einer möglichen Einheitsgemeinde mit der Sekundarschule.

Zuallerst möchte ich der Stadt und allen Beteiligten ganz herzlich danken für die in den letzten Monaten geleistete Arbeit und erarbeitete Auslegeordnung. Es ist uns klar, dass dafür viele Abklärungen und ein enormer Kommunikationsaufwand nötig war. Dafür sind wir sehr dankbar. Aus meiner Sicht

hat sich der Aufwand gelohnt. Im Kurzfazit sind aus meiner Sicht wichtige Punkte erwähnt – ohne alles zu wiederholen, die Wichtigsten:

- Aus pädagogischer Sicht würde bei einer Zusammenlegung die heute hohe Unterrichtsqualität erhalten bleiben.
- Eine Zusammenlegung bietet Vorteile hinsichtlich Klarheit der Zuständigkeiten, der strategischen Gesamtsteuerung und organisatorischer Vereinfachung.
- Und ja – der Prozess dahin ist politisch komplex und es sind inhaltlich anspruchsvolle Fragen zu klären und es wäre alles terminlich sauber aufeinander abzustimmen, was ein grosser Aufwand bedeutet.
- Ebenfalls haben wir jetzt das erste Mal eine erste Grössenordnung, was das die Stadt Dübendorf einmalig kosten würde. Wir reden von 20 Mio. Franken gemäss Auslegeordnung. Selbstverständlich ist eine langfristige Betriebskostenschätzung schwieriger zu erstellen, was man auch nachlesen kann.
- Danke auch dafür, der Ablauf des Prozesses ist jetzt klar.

Wir, mindestens mit den Postulaten, mit denen ich mich über den Sommer austauschen konnte, bedauern allerdings sehr, zu welchem Fazit dann v.a. die Behörden der Sekundarschulpflege und der Gemeinde Schwerzenbach gekommen sind.

Ich kann es persönlich nachvollziehen ein Stück weit, weil wenn man die Situation heute betrachtet, dann funktioniert ja alles. Wieso sollten oder wollten wir uns denn jetzt verändern?

Erlauben sie mir dafür ein, zwei grundsätzliche Gedanken. Ja, wir Postulaten wollen hier eine Veränderung anstossen. Auslöser dafür sind langfristige Überlegungen. Veränderungen gelingen dann, wenn wir Klarheit darüber haben, was wir wollen und was wir aufgrund der Veränderung eventuell verlieren würden. Genau darum haben wir dieses Postulat gemacht und aus unserer Sicht ist die langfristige Zielsetzung immer noch sehr erstrebenswert und beide Punkte sind klar – sowohl was wir wollen, wie auch was wir gewinnen oder eben auch verlieren.

Beim Gewinn kommen aus unserer Sicht im Bericht zwei Punkte noch etwas zu kurz:

- Wir alle, und da meine ich v.a. uns Parteien, haben heute schon äusserst grosse Schwierigkeiten für die vielen Behörden in unserer Stadt kompetente Kandidatinnen und Kandidaten zu finden, die bereit sind all die Arbeit für unser Gemeinwohl zu leisten – neben Job, Familie und den anderen in allen Lebensbereichen gestiegenen Anforderungen. Und das in einer Stadt mit über 30'000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Zusätzlich ist es so, dass die Sek-schulpflege fast ausschliesslich mit Dübendorferinnen und Dübendorfern besetzt ist. Die beiden Punkte, viele von euch kennen das, diskutieren wir in unserer Partei und Fraktionsleitungen immer wieder regelmässig miteinander. Im Bericht steht das kurz und klar: wir würden bei einer Zusammenlegung schlanker, d.h.: weniger Mitglieder, breitere Möglichkeiten für ein Engagement.
- Mit einer Zusammenlegung müssen sich weniger Behörden mit den gleichen Fragen beschäftigen, bspw. Liegenschaftenstrategie, Bewirtschaftung, etc. oder Finanzplanung. Das würde klar effizienter. Auch hier, das ist mir wichtig zu betonen: jede Behörde macht das heute schon effizient für sich, das ist nicht in Frage gestellt – die Synergien können einfach nicht genügend genutzt werden.

Aus meiner Perspektive ist jetzt der richtige Zeitpunkt, mit der Veränderung anzufangen. Wir haben eine komfortable Ausgangslage – alle Ämter sind aktuell besetzt, wir haben gerade Wahlen gehabt, wie ihr wisst, und es besteht ein gewisser finanzieller Spielraum. Mit der bereits umgesetzten Professionalisierung in den Schulen (Schulleitungen, etc.) hat sich auch die Arbeit der Schulpflegen verän-

dert. Wir sollten nicht warten, bis, aus welchen Gründen auch immer, dann plötzlich Handlungsdruck besteht. Gerade auch weil der Prozess zeitintensiv ist.

Die heutige Struktur ist einfach langfristig nicht mehr zukunftsfähig.

Wie sie aus meinen Worten heraushören: Wir möchten am Thema aus den genannten Gründen dranbleiben und haben uns überlegt, wie wir weiter vorgehen möchten. Wir werden sicher einen Vorstoss via Sek.Schulpflege prüfen, um dort den Prozess anzustossen. Gleichzeitig beantragen wir im Moment Aufrecht erhalten dieses Postulates mit dem Sinn, den politischen Willen so aufrecht zu erhalten und hoffen, der Stadtrat nimmt das Signal in dem Sinne auf. Wie wir dann nachher weitergehen, werden wir uns auf der politischen Seite von Dübendorf im Gemeinderat überlegen.

Noch einmal herzlichen Dank an den Stadtrat für die geleistete Arbeit. Dem Gemeinderat beantragen wir Aufrechterhalten des Postulates und bitte sie liebe Kolleginnen und Kollegen dem zuzustimmen.»

***
Ratspräsident Julian Croci (SP/GP) teilt mit, dass Angelika Murer Mikolasek (GLP) mittlerweile eingetroffen ist. Sie übernimmt die Funktion als Stimmenzählerin. Es sind somit 38 Gemeinderatsmitglieder anwesend.
***

Stellungnahme Stadtrat, Stadtpräsident André Ingold (SVP)
«Wir haben uns diese Frage nicht leicht gemacht. Das Postulat verlangte eine Auslegeordnung – und genau diese haben wir gemacht. Und das Ergebnis ist aus Sicht des Stadtrates klar:
Eine Einheitsgemeinde klingt auf dem Papier vielleicht elegant. In der Realität bringt sie uns heute aber mehr Aufwand, mehr Risiken und mehr politische Baustellen als konkreten Nutzen. Schauen wir kurz die Fakten an.
Wir erwarten keine wesentlichen Einsparungen. Wir sehen keinen erkennbaren Mehrwert für den Unterricht und die Bildungsqualität. Und wir würden gleichzeitig ein komplexes, mehrjähriges und politisch anspruchsvolles Projekt starten. Da muss man sich schon die Frage stellen: Wofür eigentlich? Denn eine Strukturreform ist kein Selbstzweck. Wir sollten unsere Organisation nicht verändern, nur weil man sie verändern könnte. Wenn am Ende die Verwaltung komplizierter, die politischen Prozesse länger und die finanziellen Risiken grösser werden, dann müssen wir auch den Mut haben zu sagen: Das lohnt sich nicht. Besonders heikel sind die finanziellen Fragen. Eine Einheitsgemeinde bedeutet eben nicht einfach, dass man zwei Kästchen auf einem Organigramm zusammenlegt. Es geht um Vermögen, Verpflichtungen, Zuständigkeiten und finanzielle Risiken. Gerade bei der Vermögensaufteilung gibt es erhebliche Unsicherheiten. Dazu kommt die politische Realität.
Eine Einheitsgemeinde kann man nicht verordnen. Sie braucht die Zustimmung und die Bereitschaft der beteiligten Partner. Genau diese Bereitschaft ist heute nicht erkennbar. Im Gegenteil: Die beteiligten Behörden stehen einem solchen Vorhaben mit deutlichem Widerstand gegenüber.
Auch für Schwerzenbach ist die Sache nicht einfach. Eine Einheitsgemeinde würde die heutigen Mitwirkungs- und Einflussmöglichkeiten verändern. Das müssen wir respektieren.
Wer gegen eine Einheitsgemeinde ist, ist aber nicht automatisch nicht gegen eine Zusammenarbeit.
Wir arbeiten bereits heute mit Schwerzenbach zusammen. Dort, wo Zusammenarbeit Sinn macht, funktioniert sie. Dort, wo Synergien möglich sind, nutzen wir sie. Und dort, wo es einen konkreten Mehrwert gibt, können wir diese Zusammenarbeit jederzeit weiterentwickeln.
Aber gute Zusammenarbeit setzt nicht zwingend eine gemeinsame politische Organisation voraus.
Und genau hier liegt für mich der entscheidende Punkt. Wir sollten nicht aus Prinzip fusionieren, sondern aus Überzeugung. Diese Überzeugung kann ich nach der vorliegenden Auslegeordnung nicht feststellen.

Das Postulat hatte einen Prüfauftrag beinhaltet. Dieser Auftrag ist aus Sicht des Stadtrates erfüllt. Wir haben hingeschaut, wir haben Chancen und Risiken abgewogen und wir haben eine klare Schlussfolgerung gezogen. Jetzt wäre es aus meiner Sicht falsch, aus einem erfüllten Prüfauftrag einfach den nächsten Prüfauftrag zu machen.
Wir könnten natürlich noch eine Arbeitsgruppe einsetzen, noch weitere Studien erstellen und noch zwei Jahre über Modelle und Varianten diskutieren. Aber nur weil man etwas noch länger prüft, wird es nicht automatisch sinnvoller und besser.
Der Stadtrat sagt deshalb bewusst: Wir wollen zurzeit keine Einheitsgemeinde mit der Sekundarschule Dübendorf-Schwerzenbach. Wir wollen stattdessen das, was für die Bevölkerung zählt: eine gute Schule, eine gute Zusammenarbeit mit Schwerzenbach und effiziente Strukturen.
Nicht die Organisationsform ist das Ziel. Gute Leistungen für unsere Bevölkerung sind das Ziel.
Deshalb beantragt der Stadtrat, keine weiteren Schritte einzuleiten und das Postulat als erledigt abzuschreiben. Ich bitte Sie, diesem Antrag ebenfalls zu folgen.
Besten Dank für die Aufmerksamkeit.»

**Diskussion**

Patrick Schärli (Die Mitte/EVP)

«Wir haben es euch ja gesagt. Schon bei der Überweisung des Postulats haben wir auf die Situation hingewiesen, dass Schwerzenbach eine ablehnende Haltung gegenüber dem Geschäft hat. Und an einer Zustimmung der Gemeinde Schwerzenbach kommt das Vorhaben nun mal nicht vorbei. In unserem Votum haben wir auch erwähnt, dass die Fusion Dübendorf teuer zu stehen käme, weil wir Schwerzenbach auszahlen müssten. Dass unsere Sparfüchse im Stadtrat dies nicht möchten, ist keine Überraschung. Auch haben wir prophezeit, dass die Synergien nicht nennenswert seien. Die Schulverwaltung der Sekundarschule ist heute viel schlanker aufgestellt als diejenige der Primarschule, wo es eigentlich Synergiepotential mit der Stadtverwaltung gäbe. Aber immer, wenn auf diese hingewiesen wird, werden diese vom Stadtrat abgebügelt. Die Untersuchung hat keine wirklichen neuen Erkenntnisse zu Tage gefördert. Alles war bekannt und lag schon auf dem Tisch.

Wir haben also wider besserem Wissen Fr. 45'000 und viel Verwaltungsaufwand für einen Bericht in den Sand gesetzt, den wir uns hätten sparen können. Das ist beschämend für unseren Gemeinderat, der sich gerade auf der bürgerlichen Seite so kostensensitiv gibt.

Es lohnt sich also das nächste Mal, auf die mahnenden Worte aus der Mitte zu hören. Wir werden der Abschreibung des Geschäfts zustimmen.»

Angelica De Monaco (FDP)

«Ich freue mich, heute zum ersten Mal vor ihnen sprechen zu dürfen. Für die meisten von ihnen werde ich wohl noch ein neues Gesicht sein.
Der Stadtrat hat uns mit dem vorliegenden Bericht eine Auslegeordnung zu einer möglichen Einheitsgemeinde mit der Sekundarschule vorgelegt. Diese Prüfung war aus unserer Sicht richtig und wichtig. Gerade für eine wachsende Stadt wie Dübendorf gehört es dazu, solche Fragen zur eigenen Organisation von Zeit zu Zeit anzugehen.

Der Bericht legt die politischen, rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Auswirkungen einer möglichen Auflösung der Sekundarschulgemeinde umfassend dar. Wir stimmen dem Bericht aus unserer Sicht zu: Die heutige Organisation erfüllt ihren Zweck bestens, und wird den Anforderungen vollumfänglich gerecht. Die Aufgezeigten Vorteile einer strukturellen Veränderung sind begrenzt. Ein unmittelbarer Handlungsbedarf besteht nicht. Zwar würde sich auf Papier die Sekundarschulpflege einsparen, doch der Bericht zeigt, dass durch zusätzlichen Verwaltungsaufwand von keinen finanziellen Einsparungen auszugehen ist.

Eine Auflösung würde ausserdem, gerade im Falle einer Anschlusslösung, grosse Fragen offenlassen. Allein die Aufteilung des gemeinsamen Vermögens wäre ein aufwändiger und anspruchsvoller Prozess. Auch für Schwerzenbach stünde bei einem Anschlussvertrag die direkte politische Mitsprache bei der Sekundarschule auf dem Spiel.

Hinzu kommt auch die Sanierung am Standort Stägenbuck. Das Abstimmungscouvert dazu liegt bei den meisten von Ihnen wohl schon zuhause, bei mir ehrlich gesagt auch noch ungeöffnet. Ein Bauprojekt von rund 100 Millionen Franken steht bevor. Gerade jetzt braucht es Planungssicherheit statt einer langen Grundsatzdiskussion.

Der FDP-Fraktion ist es ein Anliegen, an dieser Stelle der Sekundarschulpflege Dübendorf Schwerzenbach unter der Leitung von Andreas Sturzenegger unseren Dank und unsere Anerkennung auszusprechen. Der Bericht zeigt gut, mit wie viel Sorgfalt und Engagement diese Behörde ihre Arbeit macht, kurze Entscheidungswege, klare Verantwortlichkeiten und ein Schulbetrieb, der funktioniert. Am Ende sind es die Menschen, die den Unterschied machen, und dafür möchten wir Ihnen danken.

Die FDP-Fraktion spricht sich für den Erhalt der bestehenden Organisation der Sekundarschulgemeinde aus. Den Bericht nehmen wir als wertvolle Grundlage zur Kenntnis, auf die bei veränderten Voraussetzungen zurückgegriffen werden kann. Wir empfehlen deshalb mehrheitlich, das erfüllte Postulat abzuschreiben.»

Patrick Walder (SVP)
«Im Grundsatz schliessen wir uns dem Votum vom Erstunterzeichnenden, Thomas Maier an.
Auch wir danken dem Stadtrat und den involvierten Behörden für die Bearbeitung des Postulats und die getroffenen Abklärungen. Im Gegensatz zum Kantonsrat gibt es im Gemeinderat keine sogenannte abweichende Stellungnahme. Genau das wäre aus unserer Sicht eigentlich angebracht. Da es das nicht gibt, zeige ich die Differenzen in meinem Referat auf.

Unsere abweichende Stellungnahme würde vor allem Synergien und deren Gewichtung betreffen.
Denn diese wurde, wie Thomas Maier bereits erwähnte, zu wenig gewichtet und beurteilt. Hierbei denken wir insbesondere an allgemeine Verwaltungstätigkeiten, wie z. B. Liegenschaftenbewirtschaftung, Finanzen und dergleichen. Aber auch bei pädagogischen Tätigkeiten sehen wir viele mögliche Synergien. Synergiennutzung von zwei Sachen, die in ähnlichen Branchen zusammengeführt werden, ist in der Wirtschaft üblich. Das, weil man Synergien von Doppelspurigkeiten die man auflösen kann, profitieren kann.

Wie es aber schon im Vorstoss der Leistungsüberprüfung gewesen ist, ist unsere Exekutive bei der Analyse von Synergien und Einsparungen nicht unbedingt leistungsfähig. Der Stadtpräsident sagte, für eine Fusion (Zusammenschluss) von den beiden Rechtseinheiten, muss der Wille der Behörden vorhanden sein und vorausgesetzt sein. Ich sehe das komplett anders. Die Exekutive ist das ausführende Organ. Der Wille wird in Form der Gemeindeversammlung oder in Form der Legislative, also vom Parlament, geäussert. Die Exekutive Behörden haben sich entsprechend zu fügen und umzusetzen was die Legislative oder die Gemeindeversammlung wünscht.
Wenn wir nun das Postulat einfach abschreiben, dann würden wir unser Einverständnis zur Auslegeordnung erteilen. Weiter würden wir uns indirekt damit einverstanden erklären, dass dieses wichtige Thema in die Schublade geschoben wird. Dazu sind wir nicht bereit.
Wir möchten lieber, dass der Stadtrat Dübendorf dasselbe macht, wie Thomas Maier das ankündigte in Absprache mit diversen Postulaten; an diesem Thema dranbleiben. Konkret verlangen wir vom Stadtrat, dass er eine Strategie gemäss Parlamentswille entwickelt und eine Strategie ist ein genauer Plan zur Erreichung eines Ziels unter Einschluss sämtlicher Faktoren, die der Zielerreichung entge-

genwirken können. Der Auftrag ist aus unserer Sicht mit der Überweisung von dem Postulat und den hoffentlich heutigen Aufrechterhaltung klar. Wie aus dem Referat rauszuhören ist, wird auch die SVP-Fraktion der Aufrechterhaltung zustimmen. Besten Dank.»

**Abstimmung**
Der Gemeinderat stimmt der Aufrechterhaltung des Postulats von Thomas Maier (GLP) und 18 Mitunterzeichnende «Auslegeordnung zu einer möglichen Einheitsgemeinde mit der Sekundarschule» mit 20 zu 15 Stimmen zu. Es bleibt somit auf der Geschäftsliste.

## 6. Postulat Rafa Tajouri (FDP) und 10 Mitunterzeichnende zur Förderung der digitalen Souveränität durch den Einsatz schweizerischer und Open-Source-Softwarelösungen / Beantwortung

Gemeinderatspräsident Julian Croci (SP/GP)
«Ich erkläre den Verhandlungsablauf, da der Erstunterzeichner des Postulats Rafa Tajouri nicht mehr im Gemeinderat vertreten ist. Das Postulat wurde bereits in der Februar-Sitzung im Gemeinderat behandelt und an den Stadtrat überwiesen, daher scheidet eine Abschreibung des Postulats gem. Geschäftsordnung GR aus. Das Büro GR hat deshalb entschieden, dass ein mitunterzeichnendes Mitglied des Postulats zunächst zum Postulat sprechen darf. Anschliessend erhält der Stadtrat das Wort. Die Mitunterzeichnenden haben sich auf Stefan Angliker (FDP) geeinigt. Sofern es keine Einwände gegen das vorgeschlagene Vorgehen gibt, gebe ich Stefan Angliker (FDP) das Wort.»

Stefan Angliker (FDP), Mitunterzeichnender
«Zuerst möchte ich dem Stadtrat für die Beantwortung der gestellten Fragen danken. Es stimmt mich positiv, dass die Wichtigkeit der digitalen Souveränität erkannt wurde und man sich auch Gedanken gemacht hat, wie die Thematik in der Stadt Dübendorf angegangen werden kann. Die Entwicklungen in der Zeit seit dem Einreichen des Postulats haben gezeigt, dass auch der digitale Raum zum Spielfeld der Machtpolitik geworden ist. Gleichzeitig ist mit dem Boom der künstlichen Intelligenz und dem dahinterstehenden Datenhunger der grossen KI-Firmen sicherzustellen, dass die Datenbestände der Stadt angemessen gesichert sind.
Nun aber zum Inhalt der Antworten: Gemäss der Bestandesaufnahme stammt bereits jetzt ein grosser Teil der in der Stadtverwaltung verwendeten Applikationen und Dienste aus der Schweiz, was bezüglich digitaler Souveränität positiv ist. Ein Wermutstropfen ist die noch eher tiefe Nutzung von Open-Source-Software, denn gerade beispielsweise für die Anwendungen der Adobe Creative Cloud gäbe es gute offene Alternativen.
Der Elefant im Raum sind aber natürlich die Microsoft-Anwendungen, welche im Bürobereich immer noch eine beinahe marktbeherrschende Stellung ausüben. Dies mag zwar insofern zweckmässig sein, als dass die meisten Personen mit den Office-Programmen umgehen können, man ist auf der anderen Seite aber auch den Launen von Microsoft ausgesetzt wenn es um das Einführen von neuen Features, vor allem aber auch der Abschaltung von bewährten Funktionen und Anwendungen, nur weil «man gerade etwas besseres entwickelt habe». Ich darf mich bei der Arbeit öfters mit diesen Launen befassen und kann daher sagen, dass es manchmal sehr mühsam sein kann. Dazu kommt, dass Microsoft immer mehr seiner Dienste in die Cloud verlagert oder mindestens partiell daran anbindet. Damit kommen immer mehr Daten beim Softwareanbieter zu liegen, was bei gewissen sensitiven Daten problematisch ist und neue Abhängigkeiten schafft.
Um diese Abhängigkeit von einem Hersteller auch bei den zentralen Officeanwendungen zu reduzieren, besteht mit dem Projekt openDesk eine Lösung, welche speziell für Verwaltungsanwendungen entwickelt wurde und auf Open-Source-Komponenten setzt. An diesem Punkt sind wir mit den Antworten des Stadtrats leider nicht so zu frieden. Es ist zwar löblich, dass der Stadtrat eine Mitgliedschaft im Netzwerk Souveräne Digitale Schweiz, bei OneGov oder die Mitwirkung beim openDesk-

Proof of Concept prüfen will, in Anbetracht der Wichtigkeit des Themas Digitale Souveränität ist uns eine reine Prüfung aber zu wenig und wir wünschen uns, dass der Stadtrat die von ihm genannten Beiträge aktiv angeht und nicht nur prüft. Selbst der Bund hat vor kurzem bekannt gegeben, dass er seinen Test von Open-Source-Alternativen von 170 auf 3'000 Mitarbeitende ausweitet.
Auch bezüglich Information zur digitalen Souveränität reicht es für uns nicht aus, wenn informiert wird, wenn etwas relevantes angegangen wird. Wir erwarten, dass die digitale Souveränität als stehendes Thema in den Geschäftsbericht im Bereich Informatik aufgenommen wird.
Aus diesen Gründen beantragen wir die Aufrechterhaltung unseres Postulats.»

Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Adrian Ineichen (FDP)
«Der Stadtrat erkennt, dass die digitale Souveränität ein wichtiges Thema ist, oder anders gesagt, dass Risiken im Zusammenhang mit Softwarelösungen von ausländischen Anbietern möglichst zu reduzieren sind und eine Abhängigkeit möglichst zu vermeiden oder zu vermindern ist.

Die Situation heute ist besser als ich selbst annahm:
Von 46 Software Fach-Applikationen existiert bei neun Lieferanten einen Bezug zum Ausland, davon fünf mit Bezug zu den USA (11 %).
Die Informatikdienste der Stadt beobachten das Geschehen auf dem Software-Markt stetig und berücksichtigen Anforderungen aus der digitalen Souveränität.

Ein Wort zur Vorsicht:
Wenn der Standort, oder besser der Hauptstandort von Lieferanten in der Schweiz liegt, kann zwar rechtlich einfacher auf die Lieferanten zurückgegriffen werden, als wenn sie im Ausland stationiert sind. Aber dies sagt natürlich nicht viel über die Besitzer oder die Hintergründe der Mitarbeitenden aus, oder der Informationsfluss, oder allenfalls weitere relevante Faktoren.

Zudem benutzt die Stadt Schweizer Software-Lösungen, bei welchen der Markt klein ist, und entsprechend die Stadt stark abhängig ist und entsprechend Kompromisse eingehen muss, während bei weltweit verfügbaren Software-Lösungen aufgrund der starken Konkurrenz mehr Wettbewerb herrscht. Digitale Souveränität alleine ist nicht der Garant für die beste Lösung, sondern ein Faktor von mehreren, die bei der Beschaffung und dem Betrieb einer Software zu berücksichtigen ist, u.a. hohe Sicherheit, hohe Verfügbarkeit, optimale Servicequalität und Support, möglichst tiefe Kosten und möglichst wenig Abhängigkeiten.

Dabei ist die Stadt Dübendorf nicht allein. Deshalb pflegt die Stadt den Austausch und die Zusammenarbeit mit anderen Städten und Gemeinden zu IT-Themen.
Seit 2025 ist die Stadt zudem auch bei egovpartner dabei und führt anhand von konkreten Fallbeispielen Verbesserungen ein, so z. B. auch bei openDesk Massnahmen zur Verstärkung der digitalen Souveränität. Die Stadt unternimmt nicht nur Prüfung, sondern setzt Schritt für Schritt Massnahmen um.

Im dem Sinne rennt das Postulat offene Türen ein und ist erfüllt.»

**Diskussion**
Remo Stadler (Die Mitte/EVP)
«Die Mitte/EVP-Fraktion hat das Postulat zur digitalen Souveränität vollumfänglich unterstützt und Dankt dem Stadtrat für diese erste Absteckung über verwendete Software.
Die Antwort des Stadtrates zeigt auf, dass in Themen digitaler Souveränität noch viel Potential steckt. Ein sich am Ansatz der Early Majority zu orientieren ist keine Strategie. Das ist eine Taktik wie ich die Strategie umsetzen möchte.
Das Postulat fordert den Stadtrat auf, mindestens zwei Mal pro Legislatur, den Gemeinderat über diese Themen zu informieren. Was vom Stadtrat mit dem Verweis auf den Geschäftsbericht, sofern relevante Massnahmen umgesetzt werden, beantwortet wird.

Die Fraktion Mitte/EVP schlägt vor, um der Forderung der Berichtserstattung nachzukommen, dass die Bestandesaufnahme der derzeit verwendeten Software und Cloud-Dienste in den Geschäftsbericht aufgenommen werden und entsprechend aktualisiert wird, wenn nötig. Zusätzlich soll im Geschäftsbericht unter Kapitel 5, Informatikdienste, ein Unterkapitel zur Digitalen Souveränität ergänzt werden, in dem Erkenntnisse aus der Prüfung einer Mitgliedschaft im «Netzwerk SOS-Souveräne Digitale Schweiz« dem OneGov oder aus dem Proof of Concept des openDesk transparent berichtet werden kann (alles Punkte die im Geschäftsbericht 2026 nicht ersichtlich sind). Da der Stadtrat eingesteht, dass sich in diesem Themengebiet innerhalb einer Legislatur sehr viel verändert hat, hält die Fraktion Mitte/EVP an dem Postulat fest und rät dem Gemeinderat daher zur Aufrechterhaltung des Postulats.»

André Csillaghy (SP/GP)
«Die SP/Grüne Fraktion freut sich, dass das Thema digitale Souveränität auch die rechte Ratsseite erreicht hat. Neu ist es nicht. Der Chaos-Computer-Club und die Digitale Gesellschaft warnen seit Jahrzehnten vor genau diesen Abhängigkeiten. Neu ist die Begeisterung dafür. Dies erlaubt es uns, endlich vorwärtszumachen. Lieber zu spät als nie.
Das Thema ist global. Der Hyperscaler Microsoft macht 2026 einen Umsatz von über 300 Milliarden Dollar. Für solche Firmen existiert Dübendorf nicht. Selbst Bundesrat und Armee werden im Wesentlichen von Verkäufern betreut. Es verhindert uns natürlich nicht, eine kritische Haltung zu haben und zu planen, wie wir umgehen sollen.
Die Argumentation des Postulanten stützt sich stark auf geopolitische Fragen. Die strukturelle Dimension ist aber wichtiger. Monopolstellungen, proprietäre Formate und Vendor Lock-in sind grundsätzlich problematisch. Es macht Sinn, Hyperscaler durch Schweizer Anbieter zu ersetzen, aber man muss aufpassen, dass man nicht eine Abhängigkeit gegen die nächste tauscht. Entscheidend sind offene Standards, Datenportabilität und die Fähigkeit, den Anbieter zu wechseln.
Die Beantwortung des Stadtrates ist dünn. Die Stadt setzt in vielen Bereichen bereits auf Schweizer Lösungen, das ist gut. Das eigentliche Problem bleibt aber unbeantwortet. Schweizer Jurisdiktion und Hosting in der Schweiz bedeuten noch keine digitale Souveränität. Amerikanische Unternehmen sind verpflichtet, US Behörden Zugang zu Daten zu gewähren, auch wenn diese im Ausland liegen. Es ist egal ob das Datenzentrum in Zürich oder in Virginia steht. Die Spalte «Jurisdiktion» sagt also weniger aus, als sie suggeriert.
Seien wir ehrlich, das Problem liegt vor allem bei einer einzigen, gigantischen Firma. Die gesamte Büroautomation läuft über diesen einen Anbieter. Der Stadtrat verweist auf eine angekündigte Lokalversion, ein openDesk Proof of Concept und die Teilnahme an einigen Gremien. Ist das genug?
Nein. Es fehlt die Verbindung von digitaler Souveränität mit Sicherheit und Risiko. Der Begriff Souveränität täuscht, weil er eine Entweder-oder-Situation suggeriert. Aber es geht um ein Spektrum von Applikationen mit sensiblen Personendaten, die lokal bleiben müssen, bis zu Anwendungen, die ohnehin öffentlich sind. Hier könnte Dübendorf eine Vorreiterrolle übernehmen. Und es dürfte etwas kosten: die Stadt hat Reserven und könnte in sichere Open Source Software investieren.
Unklar bleibt, weshalb einfache Lösungen nicht schon heute eingesetzt werden. Verschlüsselte Daten lassen selbst bei ausländischer Infrastruktur keinen Zugriff auf die Inhalte zu. Das ist eine technische Antwort auf den Lock-in, die keine Migration erfordert, schneller wirkt und weder Geld noch Postulat benötigt. Für sensiblen E-Mail-Verkehr wäre das mit wenig Aufwand machbar. Man darf die Schlüssel dann allerdings nicht verlieren.
Schliesslich dürfen die Menschen nicht vergessen werden. Man kann nicht LibreOffice einführen und erwarten, dass es problemlos übernommen wird. Bedienbarkeit ist genau das, was die Hyperscaler verkaufen. Sie ist kein Luxus, sondern Voraussetzung für effizientes Arbeiten.
Die SP unterstützt die Stossrichtung des Postulats. Darüber hinaus warnen wir vor Alleingängen und würden eine Investition in Sicherheit unterstützen. Die Stadt soll in den übergeordneten Gremien proaktiv auftreten und wir würden eine Teilnahme im SDS-Netzwerk gerne sehen. Schade, dass diese Frage vom Stadtrat nicht eindeutig beantwortet wurde.

Wir vertrauen dem Stadtrat, dass er am Ball bleibt, erwarten aber konkrete und messbare Fortschritte in den jährlichen Geschäftsberichten. Einen Grund, das Postulat aufrechtzuerhalten, sehen wir jedoch nicht. Wir stimmen für die Abschreibung.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, und auch für alle Debatten der vergangenen Jahre. Es war mir eine Ehre, diesem Rat anzugehören.»

Rico Eberle (GLP)
«Vor einigen Tagen hat die Bundeskanzlei bekanntgegeben, dass sie für 3'000 Mitarbeitende einen Arbeitsplatz auf Open-Source-Basis aufbaut. Pilot ab Ende 2027, rund 9 Mio. Franken für die erste Phase, gedacht für kritische Geschäftsprozesse. Derselbe Bund hat im Dezember die Einführung von Microsoft 365 auf 54'000 Arbeitsplätzen abgeschlossen und hält seither besonders schützenswerte Daten mit einem Labeling-Verfahren aus dieser Cloud heraus. Im Kantonsrat sind zwei Postulate für eine Souveränitätsstrategie hängig, die Stadt Zürich testet openDesk. Wir sind mit diesem Thema also nicht früh dran. Wir sind im Takt.

Ich danke dem Stadtrat und der Verwaltung für die Beantwortung. Es liegt eine echte Bestandsaufnahme vor: 46 Applikationen, davon fünf mit amerikanischer Jurisdiktion, der Rechtsverkehr durchgehend schweizerisch. Damit lässt sich arbeiten. Der Auftrag ist aus Sicht der GLP-Fraktion erfüllt, wir stimmen der Abschreibung zu.

Zwei Punkte möchte ich trotzdem anbringen, weil sie über die heutige Antwort hinausgehen:

- Bei den Fachanwendungen ist der Spielraum klein, so wie Adrian Ineichen ausgeführt hat. Grösser ist er dort, wohin das Postulat ebenfalls zielt: Bürosoftware, Cloud-Dienste, Browser, Suche und immer mehr KI-Anwendungen. Da entscheidet sich, wie abhängig wir in fünf oder zehn Jahren sind.
- Eine Strategie brauchen wir aus meiner Sicht trotzdem. Ich meine damit keinen weiteren Bericht, sondern drei Fragen, die bei jeder Beschaffung mitlaufen: Sind die Formate offen? Kommen wir jederzeit an unsere Daten? Was kostet der Ausstieg? Abhängigkeit entsteht selten durch einen grossen Entscheid. Sie entsteht durch viele kleine, die für sich genommen vernünftig waren. Unsere Migration in die Microsoft-Cloud heisst Phase 1. Bei Phase 2 zählen genau diese Fragen.

Eine Antwort darauf erwarte ich heute nicht. Ich sage aber offen: In der Budgetdebatte komme ich wahrscheinlich auf das Thema zurück. Dort geht es um die Mittel für die nächsten konkreten Schritte.

Dass es dafür weitere Vorstösse braucht, ist kein schlechtes Zeichen. Digitale Souveränität beschäftigt uns auf allen Ebenen, beim Bund, beim Kanton und hier bei uns. Unser Hebel in Dübendorf ist der Beschaffungsentscheid. Alles andere ist Absichtserklärung.

Die Bestandsaufnahme ist dafür eine gute Grundlage, und damit steht Dübendorf besser da als viele vergleichbare Gemeinden. Herzlichen Dank an den Stadtrat und die Verwaltung für die geleistete Arbeit. Die Fraktion glp/GEU stimmt der Abschreibung des Postulates zu.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmung**
Der Gemeinderat stimmt der Aufrechterhaltung des Postulats von Rafa Tajouri (FDP) und 10 Mitunterzeichnende zur Förderung der digitalen Souveränität durch den Einsatz schweizerischer und Open-Source-Softwarelösungen mit 22 zu 15 Stimmen zu. Es bleibt somit auf der Geschäftsliste.

## 7. Ersatzwahl eines KRL-Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2026-2030 Rücktritt André Csillaghy (SP/GP) GR Geschäft Nr. 29/2026

Aufgrund des Rücktritts von André Csillaghy (SP/GP) aus dem Gemeinderat per 15. September 2026 und somit auch aus der KRL ist eine Ersatzwahl durchzuführen.

Roland Wüest (SP), Präsident der Interfraktionellen Konferenz
«Die IFK schlägt Patrick Roduner (SP/GP) als Ersatz für André Csillaghy (SP/GP) vor.»

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Da zum Vorschlag der Interfraktionellen Konferenz keine zusätzlichen Wahlvorschläge eingereicht wurden, erklärt Gemeinderatspräsident Julian Croci (SP/GP) gemäss Art. 71 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates Patrick Roduner (SP/GP) als Mitglied der KRL ab 16. September 2026 für den Rest der Amtsdauer 2026-2030 als gewählt und wünscht ihm eine interessante Kommissionstätigkeit.

## 8. 1. Fragestunde im Amtsjahr 2026/2027

Für diese Fragestunde sind 16 Fragen gestützt auf Art. 42 der Geschäftsordnung des Gemeinderates schriftlich eingereicht worden. Gemäss Geschäftsordnung kann der oder die Fragestellende eine ergänzende Frage stellen, nicht aber andere Ratsmitglieder. Die Begründungen zu den Fragen sind möglichst kurz zu halten.

**Frage 1 von Sofia van Moorsel (SP/GP) zur Sichere Überquerung der Kreuzung Zürichstrasse / Höglerstrasse für Primarschulkinder**

Einleitung
«Eine grosse Gruppe von Schulkindern müssen auf ihrem täglichen Schulweg die Zürichstrasse gleichzeitig überqueren. Besonders problematisch ist dabei die Lichtsignalanlage mit Fussgängerstreifen (siehe Google Maps Übersicht unten). Die Grünphase für Fussgängerinnen und Fussgänger ist dort so kurz, dass viele Kinder die Strasse nicht in einem Zug überqueren können. Sie erreichen lediglich die kleine Mittelinsel und müssen dort warten, bis die Ampel erneut auf Grün schaltet, um den zweiten Teil der Strasse zu überqueren. Während der Wartezeit auf der Mittelinsel wird, dann teilweise geschupst. Diese Situation ist extrem gefährlich.»

***Projektion des nachstehenden Bildes***




***Fortsetzung Fragestunde***

Fragen

- Besteht die Möglichkeit, die Grünphase für Fussgängerinnen und Fussgänger an dieser Lichtsignalanlage zu verlängern, insbesondere während der Zeiten, in denen die Kinder auf dem Schulweg sind?
- Welche baulichen oder verkehrstechnischen Massnahmen könnten geprüft werden, um die Querung der Zürichstrasse für die Schulkinder sicherer zu gestalten?
- Welche weiteren Möglichkeiten sieht der Stadtrat, um einen sicheren Schulweg für die Primarschulkinder und Kindergartenkinder aus dem Birchlenquartier zu gewährleisten?

Antwort des Stadtrates Ivo Hasler, Sozialvorstand in Vertretung von Sicherheitsvorstand Hanspeter Schmid

«Sichere Schulwege sind der Gemeinde ein grosses Anliegen. Im genannten Bereich bestehen mehrere Möglichkeiten die Strassen zu queren. Austausche finden regelmässig zwischen der Schulverwaltung, Sicherheit und den Polizeien statt. Sogar eine Unterführung beim SH Högler steht zur sicheren Querung zur Verfügung.
Bis dato gab es bei der Schulverwaltung keine Rückmeldungen von Eltern betreffend Sicherheit an genannter Querung.
Entsprechende Schaltungen von Phasen sind in ein Verkehrskonzept eingebunden und weisen Abhängigkeiten auf.
Das Anliegen der Phasenschaltung wird am Gemeindegespräch Dübendorf vom 9. September mitgenommen und eingebracht. Gemeindegespräche bieten im Austausch mit den kantonal zuständigen Stellen die Plattform, um Anliegen einzubringen, Entschlussinstanz ist jedoch der Kanton, welcher über Massnahmen entscheidet.

Bauliche und verkehrstechnische Massnahmen obliegen dem Strasseneigner und damit dem Kanton. Die Gemeinde kann Anliegen einbringen, der Kanton kann Anliegen prüfen, entscheidet jedoch über deren Umsetzung abschliessend.

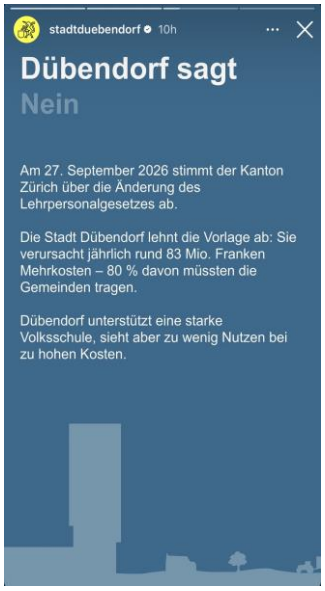
Es wird auf die Schulwegpläne der Schule Dübendorf verwiesen. Dort sind die Schulwege für jedes Schulhaus erfasst. Diese wurden in Zusammenarbeit mit der Schulverwaltung, Stadtplanung, dem Verkehrsmanagement und der Verkehrsinstruktion der Stadtpolizei Dübendorf erstellt.»

Die Fragestellerin verzichtet auf eine Nachfrage.

**<u>Frage 2 von Chloé Charmillot (SP/GP) zu Soziale Medien der Stadt Dübendorf</u>**
«Am 26. August wurden auf der Instagram-Seite der Stadt Dübendorf drei Beiträge gepostet, die dazu aufriefen, beim Lehrpersonalgesetz mit „Nein" zu stimmen. Dazu stand: „Die Stadt Dübendorf lehnt die Vorlage ab.»

***Projektion der nachstehenden Slides***







***Fortsetzung Fragestunde***

<u>Fragen</u>
- Wer ist mit «Die Stadt Dübendorf» gemeint?
- Welche Richtlinien gelten für soziale Medien in Bezug auf politische Werbung?
- Ist es die Aufgabe dieses Kontos, politische Werbung zu machen?

<u>Antwort des Stadtrates, Stadtpräsident André Ingold</u>
«Der Stadtrat hat gemäss seiner Kompetenz zusammen mit 101 weiteren Gemeinden des Kantons Zürich das Gemeindereferendum ergriffen, weshalb nun über die Vorlage abgestimmt wird.
Grund dafür ist, dass der Stadtrat nicht damit einverstanden ist, dass die Kosten in der Volksschule ungebremst wachsen und dass der Kanton die Regeln macht und die Gemeinden dafür bezahlen müssen.
Beim erwähnten Post ist folglich die offizielle Stadt Dübendorf gemeint, welche vom Stadtrat vertreten wird.
Auf politische Parolen wird auf den Social-Media-Kanälen der Stadt Dübendorf grundsätzlich verzichtet.
Bei der erwähnten Vorlage ist es aufgrund des Gemeindereferendums jedoch legitim, dass die Stadt Dübendorf auf ihre ablehnende Haltung aufmerksam macht.»

Die Fragestellerin verzichtet auf eine Nachfrage.

**Frage 3 von Chloé Charmillot (SP/GP) zu Hitzeinsel in der Stadt Dübendorf**
«Die Hitzewelle diesen Sommer hat gezeigt, dass Betonwüsten unerträglich sind. In Dübendorf denkt man an den Bahnhof Stettbach oder den Stadthausplatz.»

Fragen
- Gibt es Pläne, da zu entsiegeln und begrünen?
- Wenn ja, wie und in welchen Zeitrahmen?
- Wenn nein, warum?

Antwort des Stadtrates Dominic Müller, Hochbauvorstand
«Wie die Hitzewellen im laufenden Sommer gezeigt haben, ist die Anpassung an den Klimawandel ein dringendes Thema – auch in Dübendorf. In diesem Zusammenhang haben wir den «Massnahmenplan Klima» vom Gemeinderat beschlossenen und wird vom Stadtrat kontinuierlich und konsequent umgesetzt. Dazu gehören auch Entsieglungen, sogenannte «Pocket-Parks». Das haben wir an den Standorten wie Lindenplatz, Neugutstrasse sowie Im Schossacher ausgeführt.
Weitere sind in Planung, wie beispielsweise der Pocket-Park «Imwil» oder der kürzlich mit der öffentlichen Auflage publizierte Pocket-Park bei der ZKB.
Zu den beiden konkret genannten Plätzen folgende Bemerkungen:

Bahnhof Stettbach: Die ÖV-Plattform Stettbach ist tatsächlich eine Planung aus einer anderen Zeit. Man würde sie heute wesentlich anders gestalten. Insofern ist ein Überdenken der heutigen Situation durchaus angezeigt. Allerdings sind zwei wichtige Rahmenbedingungen zu beachten:

1. ¾ der Fläche ist Gemeindegebiet der Stadt Zürich und Grundeigentum von Stadt und Kanton Zürich.
2. Es müssen Flächen für die allenfalls spätere Realisierung der Talstation der Zooseilbahn freigehalten werden. Dennoch laufen aktuell Gespräche mit der Stadt Zürich auf Stufe der Stadtplanung Dübendorf mit dem Tiefbauamt der Stadt Zürich.

Stadthausplatz: Der Stadthausplatz wurde vor wenigen Jahren saniert. Damals wurde abgeklärt, inwiefern eine weitergehende Begrünung möglich und sinnvoll wäre. Es wurden in diesem Zusammenhang zusätzliche Bäume entlang der Strasse gepflanzt. Mehr war damals jedoch wegen dem Wochenmarkt und den immer wieder vorkommenden Festen wie dem Dübi-Fäscht als nicht realistisch angesehen worden. Darum ist der mittlere Teil des Belags zwar in grüner Frabe, aber nicht überwachsen.»

Die Fragestellerin verzichtet auf eine Nachfrage.

**Frage 4 von Sofia van Moorsel (SP/GP) zur Webseite der Stadt Dübendorf**
«Die Webseite der Stadt Dübendorf ist aus unserer Sicht teilweise wenig intuitiv aufgebaut, wodurch es schwierig sein kann, bestimmte Informationen rasch zu finden. Beispielsweise sind die Unterseiten alphabetisch aufgeführt, macht unseres Erachtens nicht viel Sinn, wenn man etwas spezielles sucht.»

Frage
Gibt es kurz-, mittel- oder langfristig Pläne, die offizielle Webseite der Stadt Dübendorf zu überarbeiten bzw. neu zu strukturieren, um die Übersichtlichkeit und Benutzerfreundlichkeit zu verbessern?

Antwort des Stadtrates, Stadtpräsident André Ingold

«Eine Überarbeitung der Website ist für nächstes Jahr geplant und budgetiert. Vorbehältlich, dass der Gemeinderat diese Position nicht streichen wird.»

Die Fragestellerin verzichtet auf eine Nachfrage.

**Frage 5 von Nicole Zarotti (SP/GP) zur Sicherheit von Passanten bei der Bushaltestelle «Alterszentrum», Fällandenstrasse**

«Bei der Bushaltestelle «Alterszentrum» an der Fällandenstrasse verläuft der Veloweg auf dem Trottoir direkt an der Bushaltestelle vorbei. Personen, die aus dem Bus aussteigen, müssen den Veloweg überqueren, um zu dem Fussgängerweg oder dem Busunterstand zu gelangen. Da sich die Bushaltestelle gleich am Ortseingang befindet, fahren Velofahrende auf diesem Abschnitt vielfach mit hohem Tempo. Die aktuelle Wegführung auf dem Trottoir führt immer wieder zu gefährlichen Situationen und beinahe Unfällen zwischen Velofahrenden und ÖV-Nutzenden. Besonders gefährdet sind dabei Kinder und betagte Personen aus dem Alterszentrum Imwil. Die Fällandenstrasse wird aktuell saniert.»

***Projektion des nachstehenden Bildes***



***Fortsetzung Fragestunde***

Fragen

Ist dem Stadtrat bekannt, ob im Rahmen der Sanierung der Fällandenstrasse eine veränderte Führung des Velo- und Fussgängerwegs vorgesehen ist, oder ob andere Massnahmen für die Erhöhung der Sicherheit für Fussgänger*innen und Velofahrende geplant sind?

Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat auf Gemeindeebene, die Sicherheit von Fussgänger*innen und Velofahrenden im Bereich der Bushaltestelle Alterszentrum zu verbessern?

Antwort des Stadtrates Ivo Hasler, Sozialvorstand in Vertretung von Sicherheitsvorstand Hanspeter Schmid

«Bei den laufenden Bauarbeiten, im Rad-/Gehweg, im Bereich Nüsslikreisel bis Ortsausgang Dübendorf, handelt es sich um Werkleitungsarbeiten im Zusammenhang mit dem Neubau Busspur sowie um Belagsinstandstellungen.
Im laufenden Bauprojekt sind keine Veränderungen an der Führung der Strasse sowie des Rad-/Gehwegs vorgesehen. Einschränkungen in der Gestaltung bestehen auch aufgrund der zur Verfügung stehenden Gesamtverkehrsfläche.
Die Herausforderungen des Nutzungskonflikts sind schon länger bekannt und werden ein weiteres Mal am Gemeindegespräch vom 9. September 2026 angesprochen. Die aktuelle Version vor Ort wurde mehrfach mit Vertretern der Kantonspolizei, des Tiefbauamtes des Kantons Zürichs und der Verwaltung der Stadt Dübendorf besprochen und anschliessend entsprechend umgesetzt. Der Kan-

ton kann die Anliegen der Gemeinde berücksichtigen, ist jedoch nicht dazu verpflichtet. Vorgesehen sind zusätzliche Markierungen und/oder Signalisationen zur Optimierung.

Die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer ist der Gemeinde ein grosses Anliegen, insbesondere auf Mischflächen, auf welchen Nutzungskonflikte durch die verschiedenen Anspruchsgruppen entstehen können. Mir als Sozialvorsteher ist diese heikle Situation ebenfalls schon aufgefallen und ich ergänze, dass aus der Altersumfrage auch das Thema verschiedene Geschwindigkeiten auf dem Trottoir aufgekommen ist.
Im vorliegenden Fall (Staatsstrassen) obliegen die Entscheidungskompetenzen dem Kanton. Die Thematik wird am Gemeindegespräch eingebracht, da dies die Plattform für die Anliegen der Gemeinde darstellt. Weitere Möglichkeiten bestehen nicht.»

Die Fragestellerin verzichtet auf eine Nachfrage.

**Frage 6 von Selin Demircali (SP/GP) zu Angebote und Begegnungsräume für Kinder, Jugendliche und Familien**

«Dübendorf ist in den vergangenen Jahren stark gewachsen und wird auch in den kommenden Jahren weiter wachsen. Mit der regen Bautätigkeit, der Verdichtung bestehender Quartiere und zahlreichen Neubauten - zunehmend auch in die Höhe (Hochbord), steigt nicht nur die Einwohnerzahl, sondern auch der Bedarf an sozialer Infrastruktur.
Der zunehmende Bedarf an niederschwelligen Begegnungsräumen sowie an Angeboten für Kinder, Jugendliche und Familien wurde in Dübendorf bereits mehrfach thematisiert. Auch der Stadtrat hat in verschiedenen Grundlagen einen steigenden Bedarf festgestellt.»

Frage
Gibt es aktuell zusätzliche Angebote und Begegnungsräume für Kinder, Jugendliche und Familien, die sich im Aufbau oder in Planung befinden?

Antwort des Stadtrates, Stadtpräsident André Ingold
«Der Stadtrat hat sich zum Ziel gesetzt, einen zentralen Begegnungsort als Anker im Zentrum von Dübendorf zu erstellen, welcher mit weiteren soziokulturellen Räumen, sogenannte Satelliten ergänzt wird.
Die aktivierende Bedarfsanalyse, welche vergangenes Jahr in den Neubauquartieren durchgeführt wurde, zeigt ebenfalls ein grosses Bedürfnis nach soziokulturellen Treffpunkten für verschiedene Zielgruppen auf. Im Rahmen der Massnahmenentwicklung wird der Bedarf aufgenommen und geprüft. Dieser Prozess ist nicht in einem Jahr abgeschlossen, sondern benötigt seine Zeit und muss gut mit der Investitionspriorisierung abgestimmt werden.»

Die Fragestellerin verzichtet auf eine Nachfrage.

**Frage 7 von Christian Meyer (GLP) zur Hausärztlichen Versorgung in Dübendorf**

«Allgemeinmediziner (Hausärzte und Hausärztinnen) spielen eine wichtige Rolle in der effizienten Grundversorgung. Für die Zukunft wird ein Mangel an Allgemeinmedizinern erwartet. Vor zwei Jahren wurde in der Fragestunde festgehalten, dass nicht bekannt ist, ob das Angebot in Dübendorf ausreichend ist. Es wurde zudem gesagt, dass wenn es ein Problem wäre, dann wäre dies wahrscheinlich der Stadt bekannt.
Inzwischen hat der Regierungsrat einen Bericht zur Attraktivität des Hausarztberufes vorgelegt und dabei anscheinend eine aktuelle Datengrundlage zur hausärztlichen Versorgung im Kanton Zürich geschaffen. Gleichzeitig wird das Projekt «Stärkung der hausärztlichen Versorgung» u.a. in Zusammenarbeit mit Gemeinden lanciert.»

Fragen
- Ist die Situation der hausärztlichen Versorgung in Dübendorf inzwischen analysiert worden oder liegen die vom Regierungsrat erwähnten Daten vor?
- Ist Dübendorf in das kantonale Projekt «Stärkung der hausärztlichen Versorgung» einbezogen oder besteht ein Austausch dazu oder allgemein zum Thema hausärztliche Versorgung?
- Wie ist der aktuelle Stand der in der damaligen Antwort angekündigten Weiterentwicklung der Themen Gesundheit und Alter?

Antwort des Stadtrates Ivo Hasler, Sozialvorstand
«Nein, die Situation ist noch nicht analysiert worden. Dies nicht zuletzt, da in Dübendorf noch keine Verwaltungseinheit besteht, die sich um Gesundheitsthemen kümmern kann. Dieser Fragestellung widmet sich aktuell dem noch laufende Prozess «Strategie und Strukturen im Bereich Alter und Gesundheit». Sie haben vielleicht mitbekommen, wir machten die Bevölkerungsumfrage wie auch die Mitwirkungsprozesse und stehen jetzt vor Abschluss von dem wichtigen Schritt.

Die Studie vom Kanton, die im Rahmen des kantonsrätlichen Postulates zum Thema ist laut dem Gesundheitsdepartement noch am Laufen, so dass wir noch nicht mit kantonalen Resultaten hierzu versorgt sind.
Das Amt für Gesundheit (AFG) der Gesundheitsdirektion hat bei OBSAN eine Auswertung zum hausärztlichen und praxispädiatrischen Angebot und zur Versorgungsdichte im Kanton Zürich in Auftrag gegeben. Die Auswertung der Daten ist noch nicht abgeschlossen.
Das AFG nimmt zurzeit im Rahmen des laufenden Projekts «Stärkung der hausärztlichen Versorgung» eine vertiefte Analyse vor. Sobald die Ergebnisse vorliegen, wird das AFG auch uns diese Daten zukommen lassen. Vorgreifende Untersuchungen zu tätigen, macht aus diesem Grund keinen Sinn. Das Thema einer mangelnden Hausarztversorgung ist bis jetzt hier in Dübendorf noch nicht an uns herangetragen worden. Das heisst jedoch nicht, dass es demographisch kein Thema werden kann.

Nein, wir sind aktuell in kein Projekt einbezogen. Wie bereits erwähnt, weil uns aktuell eine sich kümmernde Verwaltungseinheit für dieses Thema fehlt.

Wir stehen kurz davor, die finale Version der Altersstrategie im Stadtrat zu beraten. In mehreren Zwischenschritten hat sich der Stadtrat zu Vision und Handlungsfeldern bereits geäussert, was jeweils in die Weiterbearbeitung eingeflossen ist, so dass nun über die finale Version inkl. Massnahmen beraten werden kann.
Ganz im Sinne von „Struktur folgt Strategie“ wird der Stadtrat, ebenfalls diesen Herst, darüber beraten, wie und in welchem Mass das Thema Alter und Gesundheit in der Verwaltung operativ abgebildet werden kann und wie die Hausarztversorgung einen Platz in unserer Organisation erhält. Was den Bericht zur aktuellen Lage angeht, so haben wir beim Kanton deponiert, dass wir informiert werden möchten, wie die Situation in Dübendorf aussieht.»

Der Fragesteller verzichtet auf eine Nachfrage.

**Frage 8 von Andrea Brühlmann (GLP) zu Werkverkehrsleitung zur Wohnüberbauung Harsplen**
«Die Stadt Zürich plant in Witikon neben der Loorenstrasse die Neubausiedlung Harsplen. Die Volksabstimmung für den Baukredit ist auf den Juni 2027 geplant. Die ersten Wohnungen sollen im Jahr 2031 bezogen werden können. In Planung sind 367 Wohnungen für gut 875 Personen.
Ein solcher Grossbaustelle ist mit viel Lastwagenverkehr verbunden. Die Untere Geerenstrasse muss jährlich repariert werden, weil der Belag unter dem Gewicht des Schwerverkehrs leidet.»

Fragen

- Verfolgt die Stadt Dübendorf die Aktivitäten rund um diese Bauplanung und die damit verbundene geplante Verkehrsführung des Schwerverkehrs?
- Kann die Stadt Dübendorf in Zusammenarbeit mit dem Kanton Zürich sicherstellen, dass der Aushub nicht über die Untere Geerenstrasse abgeführt wird?
- Kennt der Stadtrat die geplanten Zufahrtswege des Baustellenverkehrs?
- Ist ein temporärer Lastwagenfahrverbot auf der Buchrainstrasse und der Unteren Geerenstrasse während der Bauzeit der Überbauung Harsplen angedacht?

Antwort des Stadtrates Ivo Hasler, Sozialvorstand in Vertretung von Sicherheitsvorstand Hanspeter Schmid

«Das Baugesuch für die Wohnsiedlung läuft, es liegt noch keine Baubewilligung vor.
Im Juni 2027 wird in der Stadt Zürich über den Ausführungskredit für das Bauvorhaben 'Wohnsiedlung Harsplen' mit einem Volumen von rund 425 Millionen Franken abgestimmt. Der angedachte Baubeginn wäre Ende 2027, sofern es nicht zu Verzögerungen kommt.
Bei der Wohnsiedlung Harsplen handelt es sich gemäss Amt für Hochbau um ein Projekt, in welchem die Nachhaltigkeit grossgeschrieben wird. In der Folge soll unter anderem der Aushub möglichst lokal genutzt und unnötige Transporte vermieden werden.
Parallel gilt es ein weiteres Projekt zu beachten, den Ersatzneubau des Sportzentrums Witikon (bis 2030) an der Katzenschwanzstrasse 49.
Die Stadt Dübendorf ist an der Verkehrsführung der beiden Projekte interessiert. Sie verfolgt die Entwicklungen, um den Auswirkungen des Schwerverkehrs entgegenwirken zu können, sofern die Verkehrsführung über das Gemeindegebiet von Dübendorf führen würde.

Bei den möglicherweise betroffenen Strassen, Buchrainstrasse/untere Geerenstrasse, handelt es sich um Gemeindestrassen, bei der Tobelhofstrasse/Gockhauserstrasse um Kantonsstrassen.
Die vorliegenden Anliegen werden zum gegebenen Zeitpunkt (Klarheit über die Projekte) am Gemeindegespräch (Plattform, Austausch Kanton) mit den zuständigen kantonalen Stellen thematisiert.
Verkehrstechnische Massnahmen bedingen einer Rechtsgrundlage, welche geprüft wird, sobald mehr Informationen über einen möglichen Verkehrsfluss (Schwerverkehr) zur Verfügung stehen.
Aufgrund des Strassenzustands, der Verkehrssicherheit sowie aus Belastungsgründen lässt sich ein übermässiges befahren des Schwerverkehrs auf den kommunalen Strassen schlecht zu.

Da der Prozess rund um das Baugesuch und die Baubewilligung (Harsplen) noch nicht abgeschlossen sind und der Ausführungskredit noch nicht gesprochen worden ist, ist unbekannt welche Verkehrswege angedacht sind.

Grundsätzlich sind temporäre Massnahmen, wie ein Verbot für Lastwagen zulässig. Die Verhältnismässigkeit muss geprüft werden. Es muss die Massnahme gewählt werden, die den Zweck mit den geringsten Einschränkungen erreicht. Voraussetzungen für das Verbot:
- Es muss eine gesetzliche Grundlage bestehen
- es muss dem öffentlichen Interesse dienen und
- es muss verhältnismässig sein

damit es u.a. die Wirtschaftsfreiheit nicht tangiert.
Ein Verbot für Lastwagen tangiert nicht nur für lange Zeit, je nachdem bis Bauabschluss, den erwähnten Baustellenverkehr, sondern alle LKW-Fahrten (u.a. auch Anlieferungen usw. nach Gockhausen).
Ein entsprechendes Verbot muss verfügt werden.

**Fazit**
Die Stadt Dübendorf nimmt frühzeitig Kontakt mit dem Amt für Hochbauten der Stadt Zürich auf:
- Um mögliche Auswirkungen auf die Gemeinde Dübendorf frühzeitig zu erkennen
- Um Begleitmassnahmen zeitgerecht mit den zuständigen kantonalen Stellen abzusprechen
- Um notwendige Massnahmen basierend auf den Rechtsgrundlagen umsetzen zu können»

Die Fragestellerin verzichtet auf eine Nachfrage.

**Frage 9 von Claudia Günthart (Aufrecht) zu Öffentliche Parkplätze in Dübendorf**

«Die Strasse im Langacker wurde erst gerade saniert. Aufgrund dessen sind drei von 13 öffentlichen Parkplätzen verschwunden. Deshalb meine Frage.»

Frage

Wie viele öffentliche Parkplätze wurden in Dübendorf in den letzten fünf Jahren aufgehoben und wie viele neue öffentliche Parkplätze wurden im gleichen Zeitraum geschaffen?

Antwort des Stadtrates Roger Gallati, Tiefbauvorstand

«Vielen Dank für die Frage, die ich allerdings leider nur teilweise beantworten kann.
Das Tiefbauamt führt nämlich erst seit 2024 eine interne Statistik über die im Rahmen von Tiefbau- und Strassenprojekten aufgehobenen und neu erstellten Parkplätze auf öffentlichem Grund. Seit 2024 bis heute, also in den letzten gut 2 ½ Jahren sind von insgesamt 72 von Tiefbau- und Strassensanierungsprojekten betroffenen Parkplätzen 68 erhalten geblieben. Bei Strassensanierungen kommt es oft zu Zielkonflikten, v.a. in Bezug auf Hitzeminderungsmassnahmen. Dabei stehen Baumpflanzungen im Vordergrund. Im Rahmen einer entsprechenden Interessenabwägung sind darum netto insgesamt 4 Parkplätze abgebaut worden, während gleichzeitig netto 81 neue Bäume gepflanzt werden konnten. Der guten Ordnung halber weise ich darauf hin, dass es in Einzelfällen vorkommt, dass ein Parkplatz aus Gründen der Verkehrssicherheit aufgehoben werden muss. In solchen Fällen besteht in der Regel kein relevanter Ermessenspielraum. Zudem kann es im Zusammenhang mit Hochbauprojekten auch zu Veränderungen im Bestand von Parkplätzen auf öffentlichem Grund kommen. Diese beiden Fälle sind nicht in den genannten Zahlen abgebildet. Gerne stehe ich für eine allfällige Ergänzungsfrage zur Verfügung.»

Die Fragestellerin verzichtet auf eine Nachfrage.

**Frage 10 von Claudia Günthart (Aufrecht) zur Schliessung des Freibads im Sommer 2027**

«Laut der Medienmitteilung bzw. dem Bericht im Glatttaler bleibt das Freibad während des Sommers 2027 geschlossen.»

Fragen

- Was passiert in dieser Zeit mit dem Hallenbad Stägenbuck?
- Bleibt dieses während der gesamten Schliessung des Freibads geöffnet?
- Mit welchen Mehrkosten und Mindereinnahmen wird aufgrund der Schliessung des Freibads gerechnet?

Antwort des Stadtrates Susanne Hänni, Bildungsvorständin

«Das Hallenbad Stägenbuck bleibt genauso lange offen, bis das neue Hallenbad öffnet. Es ist somit ein durchgehender Betrieb sichergestellt. Aufgrund des Schwimmunterrichts der Schulklassen ist dies auch notwendig.»

Antwort des Stadtrates, Stadtpräsident André Ingold

«Bezüglich Mehrkosten und Mindereinnahmen wurde keine detaillierte Berechnung gemacht. Es ist jedoch offensichtlich, dass wegen der durch die Baustelleninstallation und den Erdhügeln des Aushubes, die bis zum nächsten Sommer noch nicht restlos entfernt sind, eine massiv reduzierte Grösse

der Anlage zur Folge hätte, die wegen dem Baulärm und der fehlenden Parkplätze des Freibads deutlich weniger genutzt würde. Im Wissen, dass das Freibad immer defizitär gewesen ist, und dies auch in Zukunft so sein wird, ist davon auszugehen, dass keine grösseren Defizite für die Jahre 2026 und 2027 zu erwarten sind. Man hat zwar keine Einnahmen, aber man hat auch praktisch keine Auslagen.
Ein Übergangsbetrieb wäre sicher machbar gewesen. Doch die zusätzlichen Arbeiten und die Komplexität eines Übergangsbetriebes wurden im Vorfeld von den Fachleuten unterschätzt. Es wäre die Einrichtung eines provisorischen Zugangs quer durch die Baustelleninstallation, sowie provisorische Umkleidekabinen, provisorische Toiletten, Gastroangebote etc. notwendig geworden. Dafür wären provisorische Wasser-, Strom- und Abwasserleitungen zu erstellen gewesen. Ein riesiger Aufwand, der die ohnehin schon komplexe Baustelle nochmals deutlich verkompliziert und damit vor allem auch Risiken mit sich bringt. Der Stadtrat ist daher vorab aus Sicherheitsüberlegungen und nicht nur aus Kostengründen zum Schluss gekommen, dass ein Betrieb des Freibads während der Bauphase unverantwortlich wäre.»

Die Fragestellerin verzichtet auf eine Nachfrage.

**Frage 11 von Remo Stadler (Die Mitte/EVP) zum Hitzemassnahmenplan**

«Der Sommer 2026 war nicht nur in Dübendorf aussergewöhnlich heiss, sondern in der ganzen Schweiz. Die Hitze stellte eine Belastung für viele Menschen, alt und jung, dar. Es ist zu erwarten, dass kommende Sommer ähnliche Hitzewellen mit sich bringen werden.»

Fragen

- Hat die Stadt Dübendorf einen Hitzeaktionsplan?
- Wenn nicht vorhanden, was spricht gegen die Erarbeitung eines solchen Aktionsplan?
- Gibt es aus dem Sommer 2026 bereits Learnings für die kommenden Jahre (wie z.B. Sprühnebelanlagen, Nebelduschen o.ä. zu beschaffen (schriftliche Anfrage von Tanja Boesch (Die Mitte/EVP) vom 28. Juni))?

Antwort des Stadtrates Roger Gallati, Tiefbauvorstand

«Vielen Dank für die gestellten Fragen. Es ist unbestritten, dass die in diesem Sommer herrschenden hohen Temperaturen für viele Menschen, ja eigentlich für uns alle, eine körperliche Belastung bedeuten. In diesem Zusammenhang – wie vom Fragesteller erwähnt – hat es bereits eine schriftliche Anfrage aus der gleichen Fraktion gegeben. Diese schriftliche Anfrage hat allerdings zugegebenermassen auf mögliche kurzfristige Massnahmen abgezielt, während die heute gestellten Fragen generell in die Zukunft gerichtet sind und sich explizit auch auf Learnings aus dem diesjährigen Hitzesommer abstellen. Der Stadtrat hat in seiner Antwort auf die erwähnte schriftliche Anfrage bereits eine Auslegeordnung vorgenommen, die im Wesentlichen auch die heute gestellten Fragen beantwortet. Dabei ist es wichtig zu wissen, dass in unserer Stadt mit dem Massnahmenplan Klima und dem Klimaanpassungskonzept bereits zwei zentrale strategische Instrumente vorliegen, die konkrete Massnahmen zur Klimaanpassung sowie zur Reduktion der heutigen und künftigen Hitzebelastung in der Stadt Dübendorf enthalten. Zurzeit wird das neue Massnahmenpaket für die Periode 2027 bis 2030 erarbeitet, das unter anderem weitere Massnahmen zur Hitzeminderung vorsieht. Ein «Hitzeaktionsplan», wie das vom heutigen Fragesteller ins Spiel gebracht wird, ist also bereits Bestandteil der konzeptionellen Arbeit des Stadtrats, und selbstverständlich werden die «Learnings» aus dem diesjährigen extremen Hitzesommer in die Erarbeitung des neuen Massnahmepakets Eingang finden. Die Stadt nimmt ihre Verantwortung aber nicht erst in Zukunft wahr, sondern hat unter anderem seit 2024 auf öffentlichem Grund z.B. bei Tiefbau- und Strassensanierungsprojekten netto über 2'700 Quadratmeter Fläche entsiegelt und netto 96 zusätzliche Bäume gepflanzt. Bei jedem neuen Freiraum werden zudem zusätzliche Schatten- und Wasserelemente konsequent geprüft und wo möglich sinnvoll und verhältnismässig auch umgesetzt. Die Packet-Parks, wie z.B. derjenige an der Neugutstrasse, tragen ebenfalls zur Hitzeminderung und Klimaanpassung bei. Was Sprühnebelanlagen und Nebelduschen

betrifft, so kann man durchaus festhalten, dass das Prinzip der Verdunstungskühlung funktioniert, es hat aber auch Nachteile. Die Anlagen verbrauchen Wasser, aus hygienischen Gründen in der Regel Wasser in Trinkwasserqualität. Auch der Verbrauch der hierfür notwendigen elektrischer Energie ist zu beachten. Der Einsatz respektive die Wirksamkeit ist zudem sehr lokal begrenzt. In diesem Zusammenhang weise ich auf die Stadt Zürich hin, die vor ein paar Jahren ein Sprühnebel-Pilotprojekt wieder eingestampft hat, und zwar wegen des offenbar zu geringen physikalischen Kühleffektes sowie aus Gründen der Ressourcenschonung. Der Stadtrat ist sich allerdings schon bewusst, dass die Kühlwirkung durch Baumpflanzungen und durch Begrünungsmassnahmen erst zeitversetzt zum Tragen kommt, weil es ja viele Jahre braucht, bis eine Baumkrone entsprechend gross genug ist, um Schatten zu spenden. Sprühnebelanlagen, Nebelduschen oder Ähnliches können allenfalls lokal und kurzfristig für Abhilfe sorgen. Der Stadtrat hat in diesem Sommer gestützt auf eine Abwägung von Vor- und Nachteilen aber auf entsprechende Aktionen verzichtet. Ob ein niederschwelliger Einsatz in Zukunft Sinn macht, wird der Stadtrat prüfen. Gerne stehe ich für eine allfällige Ergänzungsfrage zur Verfügung.»

Der Fragesteller verzichtet auf eine Nachfrage.

**Frage 12 von Andrea Brühlmann (GLP) zum Regenüberlaufbecken Usterstrasse 51**

«Auf dem Grundstück neben dem Gebäude Usterstrasse 51 von Gossweilers hat Dübendorf ein Regenüberlaufbecken bauen lassen. Auf dem Grundstück mit Wiese, Sträucher und einem grossen Nussbaum musste dafür der Humus abgetragen werden. An dessen Stelle ist nun eine grössere Fläche mit Schotterstrassenfläche, Beton und Schachtabdeckung. Gerade solche Flächen werden im Sommer zu Hitzehotspots und sollten vermieden werden.»

Fragen

- Welche Begrünung ist auf dieser Fläche als Abschluss dieses Projektes noch geplant?
- Welche Möglichkeiten hat der Stadtrat bei diesem Projekt nun noch für eine möglichst optimale Hitzereduktion zu sorgen?
- Ist im Zuge der Gesamterneuerung der Usterstrasse eine Optimierung dieses Areals geplant?
- Wie könnten in Zukunft solche Steinwüsten verhindert werden?

Antwort des Stadtrates Roger Gallati, Tiefbauvorstand

«Vielen Dank für die gestellten Fragen. Das aus dem Jahr 1983 stammende unterirdische Regenüberlaufbecken an der Usterstrasse muss umfassend saniert werden. Die Innensanierung, wenn man dem so sagen kann, ist bereits abgeschlossen, die Fertigstellungs- inkl. Umgebungsarbeiten sind noch pendent. Wichtig zu wissen, ist jedenfalls, dass die Pflanzarbeiten bei diesem Projekt aufgrund der Hitze und Trockenheit erst für den Oktober geplant sind. Beim vorliegenden Projekt ist aber selbstverständlich das Ziel nicht eine «Steinwüste», wie in der Frage an Stadtrat erwähnt, sondern eine ökologisch nachhaltige und auch sinnvolle Bepflanzung. Oberhalb des Überlaufbeckens können dabei Bäume nicht mit der gewünschten Wirkung gepflanzt werden. Immerhin ist für die Begrünung eine ansprechende und nachhaltige Bepflanzung mit standortgerechten und einheimischen Gehölzen, Hecken und Sträuchern vorgesehen. Wo möglich wird ein Baumersatz vorgesehen, zudem wird noch ein kleines Biotop sowie eine Ruderal-Fläche mit Asthaufen und Totholz erstellt. Mit einer solchen Fläche, auf der sich die Vegetation grundsätzlich spontan entwickeln soll, kann man gleichzeitig Biodiversität, Versickerung und eine gewisse Reduktion der Wärmebelastung erreichen. Es besteht also auch hier ein gewisser Zielkonflikt, insbesondere zwischen Biodiversität und Hitzeminderung. Eine Optimierung dieses Areals im Zuge der Gesamtsanierung der Usterstrasse ist im Übrigen grundsätzlich nicht geplant. Vielen Dank.»

Die Fragestellerin verzichtet auf eine Nachfrage.

**Frage 13 von Ursula Brack (SP/GP) zu Hitzeschutzmassnahmen der Stadt Dübendorf für ältere Menschen, Personen mit chronischen Krankheiten, Menschen in Armut sowie Menschen mit Behinderungen**

«Die Auswirkungen des Klimawandels haben wir diesen Sommer alle deutlich gespürt. Besonders betroffen von der Hitze sind vulnerable Bevölkerungsgruppen wie ältere Menschen, Personen mit chronischen Krankheiten, Menschen in Armut sowie Menschen mit Behinderungen.»

Frage

Welche Hitzeschutzmassnahmen hat die Stadt Dübendorf diesen Sommer 2026 umgesetzt, um diese besonders vulnerablen Gruppen zu schützen und zu unterstützen?

Antwort des Stadtrates Ivo Hasler, Sozialvorstand

«Bei dieser Frage wird ein breites Spektrum angesprochen. Das können Menschen mit Sozialhilfebezug sein, wenn man jetzt die Fallführungsperspektive betrachtet, wie bei Berufsbeistandschaften oder Menschen die bei der Seniorenberatung erscheinen oder auch Menschen, die im Alterszentrum oder durch die Spitex betreut werden. Da gibt es sehr unterschiedliche Perspektiven. Im Hinblick auf die Klimadiskussion, bei der die soziale Komponente angesprochen wird, haben wir kein einheitliches Konzept in der Stadt Dübendorf. Aber es ist sicher so, dass im Rahmen der Fallführung solche Themen allenfalls aufkommen oder bei Beratungsgesprächen ein Thema sein können. Konkreter wird es beim Alterszentrum «Imwil» und Spitex. Dort werden im Rahmen der pflegerischen Betreuung Massnahmen ergriffen wie z. B. Fussbäder oder Ventilatoren in den Zimmern. Es ist jedoch klar, dass gerade bei solchen Hitzesommer, das wahrscheinlich langfristig nicht die Lösung ist. Wir haben schon vor der extremen Hitzewelle im Blick gehabt, im Altbau (Hochhaus aus den 70-Jahren oder Haus B mit bewohnter Psychiatrie) ein Free-Cooling zu installieren, so wie es bereits im Neubau (Haus D) bereits im Betrieb ist und sich gerade dieses Jahr sehr bewährt hat. Dieses Thema wird zeitnah resp. konkret an der nächsten Stadtratssitzung behandelt. Wir möchten eine Studie in Auftrag geben, damit genau geklärt werden kann, wie man richtig und effizient in den Häusern kühlen kann. Der Gedanke ist, nicht nur möglichst schnell Einzelräume zu kühlen, sondern das Thema ganzheitlich anzugehen für eine bestmögliche Lösung. Es wird also auf ein Projekt hinauslaufen, dass zum gegebenen Zeitpunkt dem Gemeinderat unterbreitet wird, sofern der Stadtrat dies bewilligt. Anschliessend werden wir darauf angewiesen sein, dass wir das so schnell wie möglich realisieren und hoffentlich bereits nächsten Sommer in Anspruch nehmen können.»

Die Fragestellerin verzichtet auf eine Nachfrage.

**Frage 14 von Ursula Brack (SP/GP) zum Regulären Unterricht für Schülerinnen und Schüler trotz Hitze**

«Die hohen Temperaturen haben in diesem Sommer dazu geführt, dass der Schulunterricht an einzelnen Tagen nur eingeschränkt stattfinden konnte. In früheren Jahren konnten die LehrerInnen ins Freibad ausweichen und die reguläre Unterrichtszeit dort statt. Durch die Baustelle bleibt das Freibad diesen und mind. auch nächsten Sommer geschlossen.
An zwei besonders heissen Tagen wurde kurzfristig den Eltern überlassen, ob sie ihre Kinder am Nachmittag zuhause behalten oder in der Schule betreuen lassen wollten. Dies führte zu unterschiedlichen Situationen. Einige privilegierte Kinder konnten so mit der Familie einen schönen Nachmittag am See oder zuhause im Pool verbringen, während die anderen Kinder im aufgeheizten Schulhaus ausharren mussten. Nächsten Sommer müssen wir bedingt durch den Klimawandel erneut mit Hitzetagen rechnen.»

Fragen

- Welche Ideen diskutiert die Schule aktuell, damit Schulklassen an besonders heissen Tagen die reguläre Schulzeit gemeinsam in einer kühlen Umgebung verbringen können?

- Wurde dafür schon ein Budget reserviert z. B. für gemeinsame Ausflüge in ein nahegelegenes Freibad?

Antwort des Stadtrates Susanne Hänni, Bildungsvorständin
«Die Hitze hat uns diesen Sommer tatsächlich etwas beschäftigt. Bezüglich den privilegierten Kindern kann ich Entwarnung geben: In Gockhausen nahmen an diesen zwei Hitzetagen die meisten Kinder am Unterricht teil.
Der Vorteil des «Hitzfrei light» war, dass die Lehrpersonen mit den kleineren Gruppen flexibler waren in der Gestaltung des Nachmittagsprogramms. So wurden in den Schulen Sprinkler aufgestellt, es wurden Wasserschlachten mit Wasserballonen durchgeführt und weitere Aktivitäten, um den Kindern Abkühlungsmöglichkeiten zu bieten. Auch war die Eisbahn am Freitagmorgen für Schulklassen geöffnet.

Für eine Reise in ein Freibad ausserhalb reicht die Zeit nicht und im Bus wäre es dann auch sehr heiss gewesen auf der Hin- und Rückreise.
Die Primarschulflege hat bereits im Juli den Auftrag erteilt, für sämtliche Schulanlagen inkl. laufende Bauprojekte die Situation und allfällige Hitzemassnahmen zu prüfen. Die Schulen haben den Auftrag erhalten, sich für künftige ähnliche Situationen Gedanken zu machen zum Programm. Für Spielplätze werden weitere Beschattungsmöglichkeiten geprüft. Ein ausserordentliches Budget wurde nicht eingegeben, dieses würde im Bedarfsfall jedoch gesprochen.»

Die Fragestellerin verzichtet auf eine Nachfrage.

**Frage 15 von Ursula Brack (SP/GP) zu Freibad-Ersatzangebot für Jugendliche**
«Das Freibad Dübendorf ist aufgrund des Neubaus des Hallenbads während dieser und voraussichtlich auch der nächsten Sommersaison geschlossen. Damit fehlt Jugendlichen ein wichtiger öffentlicher Freiraum für Begegnung, Bewegung und Abkühlung an Hitzetagen.
Die SFD setzte diesen Sommer auf ein Ersatzangebot für das Sportcamp in der Eishalle, was jedoch gemäss mündlichen Rückmeldungen von Jugendlichen nicht auf grossen Anklang stiess. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche niederschwelligen und attraktiven Alternativen für den kommenden Sommer geplant sind.»

Fragen
- Welche Möglichkeiten werden diskutiert, damit Jugendliche auch mit wenig Zeit und einem kleinen Budget ein attraktives Angebot in Dübendorf oder der nahen Umgebung nutzen können – insbesondere an Hitzetagen?
- Erhält die Kinder- und Jugendarbeit Dübendorf (KJAD) für die Planung und Umsetzung solcher Ersatzangebote zusätzliche finanzielle Mittel oder ein entsprechendes Budget?

Antwort des Stadtrates, Stadtpräsident André Ingold
«Der Stadtrat ist sich der Situation bewusst, die durch die Schliessung des Freibads im Sommer 2027 entsteht. Erste Ideen für mögliche Alternativen werden aktuell diskutiert.»

Ergänzungsfrage von Ursula Brack (SP/GP)
«Können ein paar Beispiele genannt werden.»

Antwort des Stadtrates, Stadtpräsident André Ingold
«Mit Verlaub, wir haben letzte Woche kommuniziert, die Verwaltung wusste es auch noch nicht. Also nein, es kann noch nichts gesagt werden.»

**Frage 16 von Thomas Maier (GLP) zu Freibad-Ersatzangebot für Jugendliche**

«Im Wahlkampf für unsere Gesamterneuerungswahlen haben Neuzuzüger Post einer politischen Partei erhalten. Einzelne haben dies als störend empfunden und sich gefragt, wie die Absender an diese Adressen gelangt sind.»

Frage
Wie geht die Stadt generell mit solchen Adressauskünften um und ist es korrekt, dass Vereine oder Parteien via Stadt Zugang bspw. zu den Neuzuzügeradressen erhalten?

Antwort des Stadtrates, Stadtpräsident André Ingold
«Ich kann bestätigen, dass die Einwohnerdienste Dübendorf eine Anfrage einer politischen Partei erhalten hatte, welche um Bekanntgabe der Adressen von Neuzuzüger ersuchte. Das Gesuch stützte sich auf § 19 des Gesetzes über das Meldewesen und die Einwohnerregister, kurz MERG, wonach Listenauskünfte erteilt werden können, wenn die Daten für ideelle Zwecke verwendet werden.

Im Jahr 2016 befasste sich das Verwaltungsgericht des Kantons Zug genau mit der Fragestellung, ob politische Parteien ideelle Zwecke verfolgen und kam zur Auffassung, dass sie fundamental für unser demokratisches System sind und deshalb ideelle Zwecke verfolgen. Auch der Verband Zürcher Einwohnerkontrollen vertritt diese Ansicht und empfiehlt die Listenauskunft zu erteilen. Der Vollständigkeitshalber sei noch erwähnt, dass es jedem Bürger freisteht, seine Personendaten bei den Einwohnerdiensten sperren zu lassen (vgl. § 22 IDG), wodurch sie bei den Listenauskünften nicht mehr berücksichtigt werden.

Derzeit beschäftigt diese Frage auch den Kantonsrat. Ein Postulat im Kantonsrat genau zu dieser Thematik (Postulat 196/2024) wurde am 23.02.2026 knapp angenommen und dem Regierungsrat überwiesen. Mit dem Postulat wird gefordert, dass die Praxis der Gemeinden bei der Herausgabe von Adressdaten von Personengruppen an Private für ideelle Zwecke überprüft wird.»

Der Fragesteller verzichtet auf eine Nachfrage.

Gemeinderatspräsident Julian Croci (SP/GP) stellt fest, dass alle eingereichten Fragen beantwortet sind. Damit sind alle traktandierten Geschäfte behandelt worden.

**Einwände gegen die Verhandlungsführung**
Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände eingebracht.
Gemeinderatspräsident Julian Croci (SP/GP) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden kann.
Im Übrigen kann wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes sowie Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung oder Verletzung von übergeordnetem Recht, gestützt auf das Verwaltungsrechtspflegegesetz, innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster erhoben werden.

**Schlussbemerkungen Gemeinderatspräsident Julian Croci (SP/GP)**

Das Büro des Gemeinderates wird an seiner Sitzung vom 14. September 2026 die Traktandenliste für die nächste Gemeinderatssitzung vom 28. September 2026 festlegen.

Damit ist die 3. Sitzung des Gemeinderates der Legislaturperiode 2026-2030 geschlossen.

Schluss der Sitzung: 21:02 Uhr

**Für die Richtigkeit des Protokolls**

Friederike Häfeli
Gemeinderatssekretärin

**Eingesehen und für richtig befunden**

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Julian Croci
Gemeinderatspräsident